



Offener Brief an Ulla Schmidt

Sehr geehrte
Frau Bundesgesundheitsministerin,

die Maßnahmen und Vorschläge Ihres Ministeriums und angeschlossener Kommissionen zeugen nach Auffassung des Sächsischen Bündnis Gesundheit 2000 von einer Unkenntnis des medizinischen Alltags und einer kalkulierten Diffamierung aller Heilberufe. Was soll man von einer Bundesgesundheitsministerin halten, die sich nicht nur nicht um gutes Einvernehmen mit der verfassten Ärzteschaft bemüht, sondern die sogenannten Reformen im Expertenstübchen ersinnen lässt und diese ungeprüft bzw. nicht evaluiert (zum Beispiel DMP, DRG) per Gesetz der Ärzteschaft, den Gesundheitsberufen und den Patienten überstülpt?

Die DMP sind ein gut gemeinter, jedoch schlecht gemachter politisch gewollter Schnellschuss, der in dieser Form, mit der Kopplung an den Risikostrukturausgleich, ein Rohrkrepiere werden wird, weil

- knappes Geld von der Versorgung in die Verwaltung fließt,
- überbordende Bürokratie und Dokumentation die Patientenbetreuung behindert,
- es sich um einen gigantischen Feldversuch ohne Kontrollgruppe handelt,
- bisherige ärztlich organisierte positiv evaluierte Versorgungsprogramme (wie z. B. der Diabetesstrukturvertrag in Sachsen) zu Lasten der Patienten gekündigt wurden!

Nehmen wir zweitens das gegen die Selbstverwaltung per Ersatzvornahme installierte völlig unausgereifte DRG-System, das zu einer Verschlechterung der dann rein ökonomisch intendierten stationären Patientenver-

sorgung führen wird, weil es damit das Krankenhaus in der bisherigen Form als humanen Rückzugsraum physisch, psychisch und sozial bedrohter Mitbürger nicht mehr geben wird. Es tritt ein Paradigmenwechsel zur vordergründig wirtschaftlich ausgerichteten Behandlung von Krankheiten, anstatt der Hinwendung zu Kranken ein. Und es wurde versäumt, die ambulante Medizin auf dieses Rationalisierungsprojekt mit strikter Verkürzung der stationären Aufenthalte einzustellen und zu finanzieren.

Neben weiteren unabgestimmten dirigistischen Eingriffen in die Selbstverwaltung von Medizin- und Gesundheitswesen, zeugt die famose populistische Idee eines Ärzte-TÜV von einer Unkenntnis über ärztliche Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen.

Weitere Kritikpunkte an den derzeit diskutierten Vorstellungen Ihres Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung betreffen u. a.:

- Zerschlagung der Selbstverwaltung,
- Abbau der ambulanten Facharztebene,
- Vertragsarztzulassung auf Zeit,
- selektives Kontrahieren der Krankenkassen mit Ärzten.

Den im Sächsischen Bündnis Gesundheit 2000 zusammengeschlossenen Gesundheitsberufen reicht es nunmehr, sich reglementieren und dirigieren zu lassen, wie es einer von selbst ernannten oder berufenen Experten, zum Beispiel eines Herrn Lauterbach, beeinflussten Gesundheitsministerin gefällt.

Anstatt dass Sie sich am Kabinetttisch für eine Ablösung unseliger „Verschiebebahnhöfe

GKV-fremder Leistungen aus Steuermitteln“ einsetzen – wie es sich für eine Fachministerin gehören würde – veranlassen Sie eine „Notoperation“ zu Lasten der „Leistungserbringer“ als sogenanntes Beitragsstabilisierungsgesetz mit der Kanzlermehrheit im Bundestag. Dieses wird zu einer Minusrunde von 10 % für niedergelassene Ärzte und zum Praxissterben in Ostdeutschland führen und das Pflegepersonal nachhaltig demotivieren.

Diese fortgesetzte staatliche Eingriffsverwaltung haben wir, die Gesundheitsberufe in Sachsen und – ich bin mir sicher – in der Bundesrepublik, satt!

Wir lassen uns nicht mehr am Nasenring der Ethik durch die gesellschaftliche Arena führen. Wir informieren unsere Patienten über verschleierte und offene Rationierung.

Wir protestieren gegen eine kassendominierte Zuteilungsmedizin.

Wir lassen uns nicht weiter als Prügelknaben einer verfehlten Gesundheits- und Sozialpolitik denunzieren!

Wir werden auf dem Außerordentlichen Deutschen Ärztetag am 18. Februar 2003 in Berlin unsere kritisch konstruktiven Reformoptionen für das deutsche Gesundheitswesen vorstellen, die als Grundlage einer patientengerechten, ethisch intendierten Gesundheitsversorgung dienen werden.

Mit besten Grüßen aus Sachsen

Prof. Dr. med. habil. Jan Schulze
Sächsisches Bündnis Gesundheit 2000